Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 37 (1957-1958)
Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Bericht aus England

Wird Macmillan nach Moskau reisen?

Trotzdem es in parlamentarischen und journalistischen Kreisen für wahrscheinlich gilt, daß Macmillan die Einladung Bulganins annehmen und nach Moskau reisen wird, ist bisher keine offizielle Entscheidung darüber gefallen. Der britische Ministerpräsident hat keine Lust zu einem Besuche dieser Art, ohne jegliche Hoffnung auf ein positives politisches Resultat. Daher begnügte er sich zunächst mit einer ausführlichen Antwort auf die letzte russische Note. Im Augenblick ist ja auch in der Abrüstungsfrage kein wesentlicher Fortschritt in Sicht, trotz den vielen optimistischen Kommentaren angeblich gut unterrichteter Korrespondenten über die Aussichten der Vorschläge, die Stassen auf Grund seiner Unterredungen mit Eisenhower und Dulles der Londoner Abrüstungskonferenz unterbreiten sollte. Auf russischer Seite ist ja, trotz allen Beteuerungen Chruschtschews und Zorins, nur eine neue Propaganda zu verzeichnen, mit dem allzu durchsichtigen Zweck, den Schrecken vor den Gefahren weiterer Explosionen im Westen für eine Anerkennung des Status quo auszubeuten.

Die beste Antwort auf die russische Friedens- und Koexistenz-Propaganda in Chruschtschews letztem Interview mit amerikanischen Journalisten gibt der „Economist» vom 1. Juni 1957: «Es ist doch jetzt völlig klar, daß die Russen keinem der gegenwärtig (im Westen) diskutierten Vorschläge die geringste Beachtung schenken wollen.» Damit wird auch die Ende Mai in London erzielte Verständigung zwischen den Herren Gaitskell einerseits und Ollenhauer andererseits über Mittel und Wege zur deutschen Wiedervereinigung und zur eventuellen Neutralisierung Mitteleuropas zwischen Rhein und Bug gegenstandslos. Eine Labour-Regierung in Großbritannien und eine sozialistische Regierung in der Bundesrepublik könnten daran auch nichts ändern. «Moskaus Ziele in Europa bleiben dieselben wie 1954/55. Die Atlantische Allianz muß liquidiert werden; amerikanische und andere verbündete Streitkräfte müssen in ihre Heimatländer zurückgezogen werden; die Wiedervereinigung Deutschlands kann nicht vor Vollendung dieser Forderungen bewilligt werden, und auch dann nur auf Grund einer auf Gleichberechtigung beruhenden Vereinbarung zwischen der freigewählten Regierung der Bundesrepublik und der von den Russen eingesetzten Regierung der ‚Demokratischen Republik'; politische Freiheit in ganz Mittelosteuropa muß ein totes Wort bleiben. Rußlands einzige, völlig inhaltlose Konzession dafür wäre die Annullierung des Warschauer Paktes... Molotows ‚Sicherheitsvorschlag' hat ja bloß einen einzigen Zweck: die Westeuropäer zu überreden, die Bündnisse aufzugeben, die allein ihre Sicherheit gewähren... In Wirklichkeit könnte doch die SPD Rußlands Bedingungen ebensowenig schlucken als der gegenwärtige Bundeskanzler dies tun kann... Deutschlands Sehnsucht nach der Wiedervereinigung gibt Rußland seine beste Karte im europäischen Spiel... Aber auch ohne Deutschland bliebe das wichtigste Problem, das ist die unnatürliche Teilung Europas, unlösbar, ...solange eben Rußlands Endziele unverändert bleiben... Die Russen, welche die Erreichung der Weltherrschaft als ihre heilige Pflicht betrachten und daraus keinen Hehl machen, haben wichtigere Gründe als die angebliche Angst vor Deutschland für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft

über Osteuropa... Osteuropäer müssen unterjocht bleiben und eventuell geschlachtet werden, um sie vor westlicher Kriegslust zu schützen... Seine (Rußlands) Reaktion (gegen westliche Freiheitsforderungen) beruht großenteils auf Spaltungsversuchen, und diese sind ebenso gekennzeichnet durch atomare, in Westeuropa verbreitete Schreckgespenster, als durch die Ausbeutung antiamerikanischer, auf der Suez-Affäre beruhender Gefühle in England und Frankreich, als endlich durch so alte Mittel wie Rapallo-Gespräche mit den Deutschen und deutschfeindliches Geplauder mit den Franzosen...» Bei den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen wollen natürlich die Russen vor allem «die Verewigung der Teilung Deutschlands... und der Verknechtung der Satelliten... durch eine entsprechende Abrüstungslinie erlangen». Daher müssen vor allem die Amerikaner aus Europa herausgedrängt werden, «da doch ohne ihre Hilfe die westeuropäischen Völker die aufeinander folgenden Invasionen der Nationalsozialisten und Kommunisten nicht hätten aufhalten können und das tragische Los der Völker Osteuropas hätten teilen müssen».

Die Russen wollen eben den Schrecken der Völker vor der Wasserstoffbombe ausnützen, um die Anerkennung der Eroberungen des Kommunismus zu erlangen. So sehr auch die russische Politik gelegentlich zu Konzessionen bereit sein mag, sind solche ausschließlich im Bereiche ihrer vorgeschobenen Positionen als Weltmacht möglich, doch niemals auf Kosten des Besitzstandes des Weltkommunismus. Daher kann von einer «österreichischen Lösung» des deutschen Problems keine Rede sein. Der «Economist» gibt damit die Meinung der ernstetesten politischen Kreise Großbritanniens wieder.

Unter den gegebenen Umständen ist es schwer, die geringste Hoffnung zu hegen, daß ein Besuch Macmillans in Moskau irgendwelche positiven Ergebnisse haben könnte. Trotzdem will die Labour-Partei den Ministerpräsidenten dazu bewegen, bald die russische Einladung anzunehmen, um Chruschtschews guten Willen auf die Probe zu stellen. Auch einflußreiche Mitglieder der Regierungspartei sind dafür, «die Herausforderung anzunehmen» (Sir R. Boothly in der «Times», 6. Juni) und darin den Amerikanern «zuvorzukommen»!?

Abrüstung

Inzwischen hat die britische Regierung durch die Explosionen in der Ferne des Stillen Ozeans die Gleichberechtigung mit Amerika und Rußland als atomare Großmacht erlangt, anderseits aber durch die beschlossene Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht und die bedeutende Reduktion der britischen Rheinarmee in gewissem Sinne eine einseitige Abrüstung begonnen. Die britischen Landstreitkräfte sollen im Verlaufe von wenigen Jahren auf 375 000 Mann, also auf die Hälfte ihres gegenwärtigen Bestandes heruntergeschraubt werden, wobei allerdings die völlige Aufhebung der Wehrpflicht von der befriedigenden Anwerbung freiwilliger Berufssoldaten abhängen wird. Doch wurden bereits die nächsten Einberufungen hinausgeschoben, z. B. der Jahrgang 1939 für 1960; 1962 sollen die letzten Milizen ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Wie weit die Engländer den Verlust des erzieherischen Wertes der allgemeinen Wehrpflicht empfinden werden, ist im Augenblick nicht zu ermessen, da sich alle bloß zu freuen scheinen. Zwingende finanzielle Gründe waren dafür maßgebend.

Abrüstungsmöglichkeiten sind natürlich auf der Tagesordnung der für Ende Juni einberufenen Commonwealth-Konferenz, freilich bloß im Rahmen der an der gemeinsamen Verteidigung interessierten Mitglieder, zu denen bekanntlich weder Indien noch Ceylon, noch der zum ersten Male als volles Mitglied teilnehmende afrikanische Negerstaat Ghana gehören. England kann seine beschlossenen militärischen Einsparungen bloß durchführen, wenn Australien zum Schutze von Singapore, beziehungsweise des bald unabhängigen Commonwealth-Staates Malaya, mit eigenen Kontingenten beiträgt, und Kanada seine Beteiligung an den NATO-Streitkräften in Deutschland aufrechterhält. Die Beibehaltung der Verteidigungsmöglichkeiten Westdeutschlands wenig-

stens im bisherigen Ausmaße bleibt ein Grundpfeiler der britischen Politik, und dies wurde von Macmillan in Bonn während seines Besuches bei Adenauer ganz besonders betont. Freilich hat er auch klar gemacht, daß nur ein wirtschaftlich gesundes, nicht mit im Verhältnis zu anderen Bundesgenossen zu großzügigen militärischen Ausgaben überbürdetes England ein verläßlicher Partner für Europa sein könne, sowohl in der gemeinsamen Verteidigungsbereitsschaft, als auch in der Wirtschaftsgemeinschaft, welche die Regierung Macmillan weiterhin als eines ihrer wichtigsten Ziele in Europa betrachtet.

Im Nahen Osten hat sich die Lage in der letzten Zeit wesentlich zum Vorteile Großbritanniens geändert: durch die volle Wiederbelebung des Bagdad-Paktes auf der Konferenz von Karachi und den Beitritt Amerikas im militärischen Sinne, durch die Sprengung der Solidarität der arabischen Staaten und die Isolierung Ägyptens und Syriens. Dies ermöglichte es Großbritannien, seine Streitkräfte aus Jordanien vorzeitig zurückzuziehen und ohne eigentliche Einbuße an Prestige mit allen Vorbehalten die Durchfahrt durch den Kanal von Suez mit Nassers Bewilligung wieder aufzunehmen. Was Großbritannien und Frankreich im vergangenen Herbst vergebens mit eigenen Mitteln zu erreichen versuchten, haben ja jetzt die Amerikaner auf ihre Art übernommen und dadurch die britische Verantwortlichkeit für den Frieden in diesem Teile der Welt entlastet. Es bleibt dort bloß noch das Zypern-Problem zu lösen, und dieses möchte ja die Regierung Macmillan der NATO überlassen; der griechisch-türkische Streit allein hindert eine baldige Lösung.

Auf keinen Fall jedoch wird die britische Regierung einer Abrüstung zustimmen, so provisorisch und beschränkt sie auch gedacht sein mag, die einer Anerkennung des gegenwärtigen Besitzstandes Rußlands in Europa gleichkäme und keine genügenden Garantien enthielte. Dies gilt auch für Atomwaffen, da die Verheimlichung von Probe-Explosionen durchaus nicht ausgeschlossen werden kann. Macmillan und Selwyn Lloyd, der trotz der gegen ihn gerichteten oppositionellen (und nicht nur oppositionellen!) Hetze auf seinem Posten verbleibt, haben von Eisenhower und Dulles bindende Versicherungen erhalten, daß Amerika nur in strengster Solidarität mit seinen atlantischen Bundesgenossen einen Abrüstungsbeginn anstreben würde. Der überehrgeizige und gelegentlich naive Stassen hatte sich vom schlauen Zorin zu Privatgesprächen verleiten lassen, die den Russen bloß zum Zwecke dienten, bei den Westeuropäern Mißtrauen zu erregen und die bekannte, neutralistisch getarnte Propaganda von einem angeblich drohenden, bilateralen russisch-amerikanischen Super-Yalta zu fördern. Stassen ist nun diesbezüglich von Washington eines Bessern belehrt worden. Auf keinen Fall wird sich die britische Regierung durch die Wortführer der verständlichen, moralischen Entrüstung über die Gefährdung der Zukunft durch die Folgen von atomischen Experimenten zur Kapitulation vor der Verknechtung Osteuropas verleiten lassen.

Keine Neuwahlen

Ebenso kategorisch ist die Regierung Macmillan entschlossen, die ihr konstitutionell verbleibenden drei Jahre auf ihrem Posten zu verbleiben und sich nicht durch Beweise der Unpopularität ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Sanierungspolitik abschrecken zu lassen. Die letzten starken Stimmverluste bei Ergänzungswahlen und Gemeindewahlen sind ja vor allem der Mietreform zuzuschreiben, durch welche sich Hunderttausende bedroht fühlen. Doch war der stufenweise Abbau des Mieterschutzes eine absolute Notwendigkeit, einerseits um den Hausbesitzern die Instandhaltung solider und die Reparatur baufälliger Gebäude zu ermöglichen, anderseits um die Eigentümer kleinerer Häuser zum Vermieten überflüssiger Zimmer zu bewegen. Dank der kolossalen Bautätigkeit der letzten Jahre ist ja die Wohnungsnot auf ein Minimum reduziert worden und sind die von der Opposition an die Wand gemalten Schreckgespenster meist Phantasiegebilde. Bloß 15% der Miethäuser werden sofort betroffen, und alle werden vom Inkrafttreten des Gesetzes an 15 Monate Zeit haben, um Mieter und Vermieter

einer befriedigenden Lösung zu versichern. Die Zeiten der Privilegien sind nun einmal vorüber, und das muß auch für Mieter gelten, die viel weniger als eine normale Durchschnittsmiete zahlen. Am allerwenigsten werden dadurch die Arbeiter betroffen, deren Löhne in der letzten Zeit weit über den die Teuerung bestimmenden Preisindex hinaus erhöht wurden und denen es besser geht als vielen Leuten im Mittelstande.

Viel ernster als die gelegentlichen Wutausbrüche der nach Neuwahlen durstenden Opposition und die kritischen Urteile der Gewerkschaftsführer ist für die Regierung die durch die neuen «Suez-Rebellen» geschaffene Lage. Freilich sind die sechs Unterhausmitglieder, die, von Lord Hinchingbrooke und Sir Victor Reikes geführt, sich gegen Macmillans angebliche Kapitulation vor Nasser auflehnten, klein an Zahl im Vergleich zu der dreißigköpfigen Gruppe, die seinerzeit unter Waterhouses Führung die Räumung des britischen Stützpunktes am Suez-Kanal verdammten. Doch hat dabei die Regierung ihren Lord-Kanzler, ihren Führer im Oberhaus und die Verkörperung der glorreichen Tradition der staatsmännischen Cecil-Familie, Lord Salisbury, verloren. Die Stimmung in den meisten Wahlkreisen ist diesmal den Rebellen so günstig, daß nicht die Rede davon sein kann, sie über Bord zu werfen. Trotz den witzigen Worten eines Liberalen, die Konservativen müßten zwischen der britisch-imperialistischen Vergangenheit John Bulls und der bescheideneren Zukunft Englands in einem Vereinigten Europa wählen, sind die Engländer zu traditionstreu, um sich sobald leichtherzig mit «realistischen Realitäten» abzufinden, auch wenn die Vernunft einer so kommerziellen Nation das Herz ritterlicher Tradition zur Ordnung rufen sollte. Die romantischen Rebellen haben aber keinerlei Absicht, wie Lord Salisbury sich ausdrückte, «den Kahn zum Schaukeln zu bringen», und sie werden bei den nächsten Wahlen nicht als besondere Gruppe auftreten.

Wenige ehrliche Anhänger der sozialistischen Opposition werden die Richtigkeit folgender Bemerkungen bestreiten, die in Kenneth de Courcys «Intelligence Digest» (Juni 1957) zu finden sind: «Die besten Hoffnungen der Regierung beruhen auf der Tatsache, daß die Gesamtheit des britischen Volkes noch immer die Tendenz zeigt, von der Linken abzurücken. Die Sozialisten mögen wohl Wahlen gewinnen, aber nicht wegen einem wirklichem Glauben an den Sozialismus, sondern wegen der Enttäuschung des Volkes über die Nichterfüllung seiner Hoffnungen und Wünsche durch die Konservativen... Die öffentliche Meinung ist eher einer neuzeitlichen Gestaltung eines radikalen Toryismus zugeneigt, und dieser hat bisher noch keinen richtigen Ausdruck gefunden... Wenn die konservative Partei die nächsten Wahlen verliert, so wird der Grund dafür darin zu suchen sein, daß sie diese Stimmung nicht erkannt hat... Das Land würde eine neue nicht-sozialistische Regierung vorziehen; es wird aber bestimmt nicht nur deshalb eine konservative Regierung unterstützen, weil sie nicht sozialistisch ist, wenn sie schwach und charakterlos ist.»

Sowohl Macmillan als Gaitskell sind wohl in dieser Hinsicht derselben Ansicht. Britische Wahlen werden nicht entschieden durch «Überläufer» von einer Partei zu anderen, sondern durch die Anzahl der aus Unzufriedenheit zu Hause bleibenden Wähler, gelegentlich auch durch eine dritte (eventuell vierte) liberale oder sonstige «unabhängige» Kandidatur, die eben auf diese «Unzufriedenen» abzielt.

Bezeichnend für die politische Kultur der Briten ist jedenfalls die allgemeine Sympathie, die dem gewesenen Ministerpräsidenten Eden nach seiner Rückkehr bezeugt wurde und weiterhin bezeugt wird, vor allem seitens der Königin, der leitenden Staatsmänner und der Parlamentsmitglieder, ohne Unterschied der Partei, vor allem anläßlich seines sechzigsten Geburtstages. Seine Gesundheit macht eine Rückkehr zur aktiven Politik unmöglich; aber die meisten Politiker sind sich wohl heute darüber einig, daß seine Suez-Politik nicht an sich falsch war, sondern leider wegen schlechter Ausführung fehlgehen mußte, wobei die direkte Verantwortung hiefür noch auf ihre unparteiische, historische Feststellung wartet. Macmillan betrachtet sich ja selbst als die Personifizierung der treuen Nachfolge Edens, und seine ganze Politik ist entsprechend eingestellt. Eden war ja — trotz Suez — ebenso für die Solidarität mit Amerika und den

atlantischen Bundesgenossen. Auch die innere Politik ist dieselbe, vor allem die Überzeugung von der Pflicht der Regierung, mit der Inflation zu brechen und durch unpopuläre Gesetzgebung einerseits, durch Versuche zur Verständigung mit dem Gewerkschaftsrate (TUC) andererseits, der wirtschaftlichen Vernunft und einem produktiveren Arbeitswillen zum Siege zu verhelfen.

Wenn diese Politik noch vor den nächsten Wahlen dem Lande sichtbare Vorteile bringt, mögen ja die Aussichten für die Konservativen besser sein, als dies im gegenwärtigen Augenblick der Fall ist. Vor allem wird dann die Partei Edens und Macmillans wieder geeinigt in den Wahlkampf ziehen, um so mehr als die heutigen «Rebellen», wie schon gesagt, nichts sehnlicher wünschen. Lord Beaverbrooks rebellischer Antiamerikanismus und antieuropäischer, auf der Fiktion eines «British Empire» des vergangenen Jahrhunderts beruhender Isolationismus hat, trotz der Popularität seiner Sensationsblätter («Express», «Evening Standard» usw.), keinerlei Aussicht auf die Beeinflussung irgendeiner Gruppe der konservativen Partei. Seine Leitartikel bleiben ungelesen.

Das Abrücken von «Links» wird ja auch sichtbar sowohl in der im Vergleich mit der Vergangenheit großen Mäßigung Bevans und der meisten seiner Anhänger, als auch in den Massenaustritten aus der im Schwinden begriffenen kommunistischen Partei und in der steigenden Gegnerschaft der Arbeiter gegenüber kommunistischen Gewerkschaftsleitern. Daß dabei die noch stark andauernde Empörung über das Blutbad von Budapest und auch über die Einsetzung von Panzerwagen gegen die streikenden Arbeiter von Posen eine entscheidende Rolle spielt, wurde auf dem vor kurzem abgehaltenen Kongreß der Elektrizitätsarbeiter besonders klar und zeugt von der moralischen Gesundheit der britischen Volksmassen.

Adam Romer

Die Reform der Wirtschaftsverwaltung in der Sowjetunion

Nach Stalins Tod haben seine Nachfolger ein Imperium geerbt, das in wirtschaftlicher Hinsicht von einer seit Jahren anhaltenden schweren Krise heimgesucht wurde, welche man mit künstlichen Angaben und optimistisch klingenden Resultaten der Planerfüllungen zu verbergen suchte. Der Schwerpunkt der sowjetrussischen Wirtschaftskrise lag in der Landwirtschaft. Deshalb galten die ersten Wirtschaftsmaßnahmen der kollektiven Diktatur den landwirtschaftlichen Fragen. Aber auch in der Industrie hat sich in den Jahren der stalinschen Wirtschaftspolitik eine Situation gebildet, die vom rein ökonomischen Standpunkt aus gesehen nicht mehr tragbar war. Der Moskauer Zentralismus und der mit ihm verbundene schwerfällige bürokratische Apparat sind im Laufe der Zeit derart stark geworden, daß sie sich in Hindernisse für ein reibungsloses Funktionieren der sowjetrussischen Industriewirtschaft verwandelten. Um sich ein Bild vom Umfang der sowjetrussischen Bürokratie auf dem industriellen Gebiet machen zu können, genügt es, die vom sowjetrussischen Parteichef *Chruschtschew* auf der letzten Session des Obersten Sowjets gemachte Mitteilung zu zitieren, wonach allein im Verwaltungsapparat der Industrie rund 850 000 Menschen tätig sind. Vor drei Jahren waren es 1 750 000 Beamte, welche die sowjetrussische Industrie «planten, kontrollierten und leiteten[1])». Dieser bürokratische Wasserkopf nützte den jahrelang hofierten großrussischen Zentralismus aus und schlug immer tiefere Wurzeln in der sowjetrussischen Hauptstadt, in Moskau. Die zentralen Behörden, das heißt die industriellen Fachministerien, bildeten zahlreiche untere Instanzen, eigene Bauunternehmen, Einkaufs- und Verkaufskontors. Diese Filialen der Ministerialbürokratie kannten nur einen Weg, näm-

lich den über die einzelnen Verwaltungsstufen hinauf bis zur eigenen Zentrale nach Moskau. In der Praxis sah es so aus, daß in einer Stadt mehrere Industrieverwaltungen und Bauunternehmen ansäßig waren und sich mit den gleichen Aufgaben befaßten, ohne miteinander Kontakt zu haben. Jede Bestellung oder Lieferung mußte durch sämtliche Instanzen nach Moskau an das zuständige Fachministerium gehen, um dann den gleichen Weg in die jeweilige Industriestadt zurückzulaufen. Wenn man bedenkt, daß z. B. zwischen den fernöstlichen Gebieten der Sowjetunion und Moskau eine Entfernung von über 9000 Kilometern besteht, kann man sich die mit einem solchen Papierkrieg verbundenen Geld- und Zeitverluste für die sowjetrussische Industrie vorstellen.

Die Unzufriedenheit der Industriemanager

Mit einer solchen Situation waren vor allem die Industriemanager, die Fabrikdirektoren, die Chefingenieure, Konstrukteure, nicht einverstanden und sie drängten auf eine Reform der bisherigen Industrieverwaltung. Welche Vorstellungen und Ideen diese durch die Industrialisierung Rußlands zahlenmäßig und politisch bedeutend gewordene soziale Schicht vertritt, ist infolge des Verbots einer freien Meinungsäußerung und unter den Bedingungen der gleichgeschalteten zensierten sowjetrussischen Presse nicht festzustellen. Aber aus heftigen Polemiken der sowjetrussischen Wirtschaftspresse gegen die Theorien der freien Marktwirtschaft und des westlichen «Volkskapitalismus» könnte geschlossen werden, daß diese sonderbare Aktivität der parteitreuen Wirtschaftspublizisten nicht nur rein theoretische Ziele verfolgt, sondern mit konkreten Zusammenhängen innerhalb der sowjetrussischen Gesellschaftsordnung verbunden ist[2]).

Im Frühjahr 1957 wurde sogar eine Diskussion über die Fragen des sogenannten «Volkskapitalismus im Westen» in der sowjetrussischen Hauptstadt veranstaltet, an der führende Ökonomisten Sowjetrußlands teilnahmen. Der Zweck dieser Veranstaltung bestand darin, die sowjetrussischen ökonomischen Kreise zu überzeugen, daß die Vereinigten Staaten Amerikas die sozialen und wirtschaftlichen Fragen nicht gelöst hätten[3]). Die ökonomische Zeitschrift «Woprossy Ekonomiki» hat sich 1955/56 in mehreren Aufsätzen und natürlich in einer tendenziösen Weise mit den Ansichten von Professor *Wilhelm Röpke* über die Vorzüge der freien Marktwirtschaft auseinandergesetzt[4]). Die zuständigen sowjetrussischen Staats- und Parteistellen, die das gesamte Wirtschaftsleben dirigieren, wollen selbstverständlich auf den Grundsatz der gelenkten Planwirtschaft nicht verzichten. Aber die sowjetrussische kommunistische Diktatur wurde gezwungen, und zwar durch ein langsameres Tempo der industriellen Erzeugung, das wiederum durch den Zentralismus und die Bürokratie bedingt wurde, nach neuen Lösungen und Methoden zu suchen. Die ersten Experimente wurden bereits im Jahre 1955 gemacht. Am 25. Mai 1955 wurde das frühere Staatliche Planungskomitee in zwei Kommissionen eingeteilt: die Staatliche Kommission für die perspektivische Planung und in die Staatliche Wirtschaftskommission für die laufende Planung. Der langjährige sowjetrussische Planungschef *Saburow* übernahm die Wirtschaftskommission und Baibakow, der bis dahin das Ölministerium führte, wurde zum Leiter der Staatlichen Kommission für die langfristige Planung ernannt. Am 9. August 1955 wurde eine Verordnung des sowjetrussischen Ministerrates bekanntgegeben, welche die Befugnisse der Fabrikdirektoren wesentlich erweiterte. Aber eingehend haben sich die Nachfolger Stalins mit den Industrieproblemen erst auf der Dezember-Tagung des Zentralkomitees der KPdSU im Jahre 1956 beschäftigt[5]).

Der Plan Perwuchins scheiterte

Auf dieser Konferenz der sowjetrussischen Parteiführung hielt der Ministerpräsident Bulganin das Hauptreferat, in dem er sich mit der bisherigen Struktur und mit den Methoden der Wirtschaftsverwaltung kritisch auseinandersetzte. Die Beschlüsse der

Dezember-Plenartagung zeigten zwei Tendenzen, welche die sowjetrussische Wirtschaftspolitik sanieren sollten: die Rolle der Staatlichen Wirtschaftskommission für laufende Planung wesentlich zu verstärken und die Rechte der Republiken der Sowjetunion auf dem Gebiet der Wirtschaftsverwaltung zu heben. Die Wirtschaftskommission sollte entsprechend den Dezemberbeschlüssen der Parteiführung über den engbegrenzten Bereich der aktuellen Planungsaufgaben hinausgreifen und sich mit operativen Problemen der industriellen Erzeugung beschäftigen. Die Leitung dieser Kommission übernahm einer der führenden Männer der sowjetrussischen Ministerialbürokratie, *Michail Perwuchin*, der sich sogleich anschickte, aus der Wirtschaftskommission eine beherrschende Verwaltungsinstitution zu machen. Perwuchin erhielt sechs Stellvertreter, von denen fünf stellvertretende Ministerpräsidenten waren und praktisch die gesamte Wirtschaft kontrollierten. Zum ersten Mal in der Geschichte der sowjetrussischen Planungspolitik wurde auch die Landwirtschaftspolitik den Befugnissen einer Institution unterstellt, die sich vornehmlich mit der Industrie befassen sollte. Die für die Planungsfragen zuständige theoretische Zeitschrift «Planowoje Chosjajstwo» hat damals folgendermaßen die Bedeutung der Beschlüsse der Dezember-Konferenz der russischen KP-Führung dargelegt:

«Das Neue ist dabei das, daß die Wirtschaftskommission neben der Ausarbeitung der laufenden Pläne jetzt auch die operative Funktion der Beschlüsse der laufenden Probleme ausüben soll. Die Erteilung der direktiven Funktionen an dieser Kommission wird der erfolgreichen Erfüllung unserer Staatspläne dienen. Die Veränderung der Aufgabe und die Reorganisation der Arbeit der Wirtschaftskommission bedeutet eine wesentliche Verstärkung ihrer Rolle in der Planung der Volkswirtschaft[6]).»

Aber kaum hatte Perwuchin seine Tätigkeit entfalten können, tagte das Zentralkomitee der kommunistischen Partei schon wieder und verwarf die Dezember-Pläne vollkommen. Das Februar-Plenum (am 13. und 14. Februar 1957) hörte sich ein Referat des Parteichefs Chruschtschew an und faßte eine Resolution, die eine ganz neue Entwicklung auf dem Gebiet der Industrieverwaltung Rußlands verkündet. Die bisherige Kritik an der sowjetrussischen Wirtschaftspolitik drehte sich immer im Kreise. Es wurden die einzelnen Ministerien, die Hauptverwaltungen der Industrie, die einzelnen Trusts und Kombinats angegriffen, aber die Struktur der Wirtschaftsverwaltung als solche blieb unangetastet. Auf der Februar-Tagung des ZK der KPdSU wurde mit dieser Praxis Schluß gemacht und die Weltöffentlichkeit erfuhr plötzlich, daß alle Mängel und Unzulänglichkeiten der sowjetrussischen Industrie in der Struktur der Wirtschaftsführung zu suchen seien. Es wurde klipp und klar erklärt, daß das Netz der Wirtschaftsministerien mit ihren Hauptverwaltungen, Filialen und Büros ein Hemmschuh für die weitere Entwicklung der Industrie sei und man eine neue Wirtschaftsführung auf dem Prinzip der territorialen Einteilung aufziehen müsse. Das Plenum beauftragte die Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU, die konkreten Vorschläge über die geplante Reorganisation der Wirtschaft auszuarbeiten. Die noch bis dahin mächtige Wirtschaftskommission unter Perwuchin wurde auf der gleichen Tagung getadelt und in ihren Funktionen wesentlich eingeschränkt[7]).

Chruschtschews Thesen über die Wirtschaftsreform

Der von dem russischen Parteisekretär offensichtlich inspirierte Plan wurde auch von ihm selbst in allen Einzelheiten am 30. März 1957 bekanntgegeben[8]). Nikita Chruschtschew hat an diesem Tage die berühmten Thesen über den Stand der sowjetrussischen Industrieverwaltung und über den Ausweg aus der latenten Krise verkündet. Die Kritik des Parteichefs erstreckte sich auf folgende wesentlichen Punkte:

1. Die bestehenden verwaltungsmäßigen Barrieren der Fachministerien verhindern die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft. Jedes Ministerium versucht für sich die

entsprechenden Mittel zu beanspruchen, ohne mit den anderen Ressorts zu kooperieren.

2. Die gegenwärtige Struktur der Industrie- und Bauministerien ist zu kompliziert. Alle Ministerien befinden sich in einem Zentrum und sind von den Industriebetrieben, die über das ganze Land verstreut sind, zu weit entfernt. Sie müssen deswegen einen schwerfälligen Apparat zur Verfügung haben und jeder Beschluß geht einen allzulangen Instanzenweg.
3. Die branchenmäßige Wirtschaftsverwaltung hat dazu geführt, daß jedes Ministerium einen eigenen Versorgungsapparat für technisches Material gebildet hat; zwischen diesen Apparaten der Ministerialbürokratie hat sich mit der Zeit ein Konkurrenzkampf entwickelt, der sich für die Industrie und für das Bauwesen negativ auswirkt.

Der sowjetrussische Parteichef schlug vor, die bisherige Wirtschaftsverwaltung mit seinen zahlreichen Fachministerien aufzulösen und an ihre Stelle eine territoriale, nach den industriellen Schwerpunkten organisierte neue Wirtschaftsführung zu bilden. Die ganze Sowjetunion sollte in die ökonomisch-administrativen Bezirke eingeteilt und in jedem von diesen Bezirken eine Wirtschaftsbehörde geschaffen werden. Chruschtschew schlug in Anlehnung an die von Lenin seinerzeit gebildeten Wirtschaftsinstitutionen vor, daß diese Wirtschaftsbehörden den offiziellen Namen der «Räte der Volkswirtschaft» erhalten sollen. Diese Volkswirtschaftsräte (russisch: Sownarchosey) sollten an Ort und Stelle der großen Industriewerke entstehen und die gesamte Industrie- und Baupolitik leiten. Das Personal der Volkswirtschaftsräte müßte möglichst gering und auf keinen Fall so aufgebläht wie der bisherige Verwaltungsapparat der Fachministerien gestaltet werden.

Eine derartige Reform könnte natürlich leicht zu einer wirklichen Dezentralisierung der sowjetrussischen Industrie und dann in einem weiteren Stadium zur Verselbständigung der Volkswirtschaft der einzelnen Bestandteile der Sowjetunion, das heißt der Republiken, führen. Als Vorbeugung dagegen wurde von Chruschtschew von vornherein eine Reihe der zentralistischen Elemente aufgezählt. Dazu gehört in erster Linie die an Befugnissen gestärkte frühere Staatliche Planungskommission, die sich nunmehr Planungskomitee nennt; ferner soll die einheitliche Finanzpolitik mit Hilfe der Staatsbank und eine zentralistische Statistik die Entstehung der autarkischen Tendenzen in den einzelnen Wirtschaftsgebieten des Sowjetimperiums verhindern. Die Volkswirtschaftsräte haben zwar weitgehende Kompetenzen in bezug auf die Lösung operativer Aufgaben in der Industrie, aber sie sind in dreifacher Form von übergeordneten Instanzen abhängig: dem Staatlichen Planungskomitee, dem Ministerrat der Zentralregierung in Moskau und dem Ministerrat der jeweiligen Sowjetrepublik.

Der Wirtschaftsumbau in der Praxis

Seit dem 30. März, als Chruschtschew seine Thesen über die geplante Reform der Wirtschaftsverwaltung bekannt gab, lief in der sowjetrussischen Presse eine Diskussion, an der sich die Exponenten der Parteiinstanzen, der Regierungsbürokratie und der Industriemanager beteiligten. Auch in der Roten Armee wurde die Wirtschaftsreform ebenfalls eingehend diskutiert, wobei jedoch die dort vertretenen Ansichten in den Armeezeitungen nur verschwommen in die Öffentlichkeit gelangten. In den Äußerungen der drei genannten Gruppen der führenden Schicht der Sowjetunion kamen erhebliche Meinungsverschiedenheiten und mannigfaltige Interessen zum Ausdruck. Die Parteifunktionäre suchten den Einfluß der Partei stärker zu verankern, die Fabrikdirektoren und Ingenieure möchten ihre Befugnisse erweitern. Am stärksten fühlte sich die Verwaltungsbürokratie von dem Projekt der Wirtschaftsreform bedroht und sie versuchte durch zahlreiche Diskussionsteilnehmer die Chruschtschewschen Thesen so auszulegen, daß ein Maximum an Kompetenzen der Bürokratie gerettet werden könnte. Eine Reihe

prominenter Sprecher der bürokratischen Schicht der einzelnen Republiken wandte sich gegen den überspitzten Zentralismus der Staatlichen Planungskommission, der den Chruschtschewschen Thesen zu Grunde lag und wollte ihren Einfluß auf die Wirtschaftspolitik in den Grenzen der einzelnen Republiken stärker gelten lassen.

Die Regelung der personalpolitischen Fragen, die mit der Neubestellung der Staatlichen Planungskommission zusammenhängt, wurde dem Beschluß des Obersten Sowjets vorweggenommen. Am 2. Mai wurde zunächst der bisherige Vorsitzende der Staatlichen Wirtschaftskommission, Michail Perwuchin, zum Minister für mittleren Maschinenbau ernannt. Damit schied der vor kurzem noch mächtige Parteifunktionär, der nach der Dezember-Tagung des Zentralkomitees der russischen Partei eine ungeheure Fülle an Macht in Wirtschaftsfragen vereinigte, als ein eventueller Kandidat für einen führenden Posten in der Struktur der Planungskommission aus[9]).

Dann kam ein zweiter personalpolitischer Schachzug, welchem der bisherige Chef der Staatlichen Planungskommission, *Nikolai Bajbakow*, zum Opfer fiel. Ihm wurde die Leitung der Staatlichen Planungskommission entzogen. Bajbakow bleibt allerdings als Vorsitzender der Planungskommission der Russischen Föderativen Republik, auf deren Territorium sich das größte industrielle Potential des sowjetrussischen Imperiums befindet[10]). Zum neuen Chef der Planungskommission für die gesamte Sowjetunion und zugleich zum Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten ist *Josif Kusmin*, ein reiner Parteifunktionär, der unter Chruschtschew und der jetzigen Leiterin der Moskauer Parteiorganisation, *Furtzewa*, Karriere machte, und zuletzt in der Revisionskommission des Zentralkomitees der russischen kommunistischen Partei tätig war, ernannt worden[11]). Damit scheint sich der Parteichef einen entscheidenden Einfluß auf die Arbeit des Staatlichen Planungskomitees, das die geplante Wirtschaftsreform organisieren und kontrollieren wird, gesichert zu haben.

Eine Kompromißlösung

In der Zeit zwischen dem 6. und 10. Mai 1957 tagte das sowjetrussische Scheinparlament, der Oberste Sowjet, der die Chruschtschewschen Pläne zum Umbau der Wirtschaftsverwaltung bestätigen sollte. Nicht alles ist jedoch auf dieser Tagung nach Wunsch des Parteichefs verlaufen. 25 Fachministerien werden zwar bis zum 1. Juli aufgelöst, aber acht Ressorts bleiben von der Reform unberührt. Die Ministerialbürokratie, zum mindesten aus denjenigen Ressorts, die von solchen Parteigrößen wie Malenkow oder Perwuchin geleitet werden, war stark genug, um die Pläne Chruschtschews nicht ganz reifen zu lassen.

Konnte man bereits aus dem Bericht Chruschtschews vom 7. Mai gewisse Akzente entnehmen, die auf eine harte Auseinandersetzung über die endgültige Form des neuen Systems der Wirtschaftsverwaltung in der sowjetrussischen Führung schließen ließen, so hat die Diskussion im Obersten Sowjet und die endgültige Fassung des Gesetzes diesen Eindruck verstärkt. Chruschtschew hat in seinen Darlegungen offensichtlich unter dem Druck der mächtigen Regierungsbürokratie einige wesentliche Abstriche an dem ursprünglichen Plan vorgenommen. Er schlug nämlich im Unterschied zu seinen Thesen über die geplante Reform vom 30. März vor, daß mehrere Industrieressorts, die nach dem ersten Plan aufgelöst werden sollten, doch selbständig bleiben. Während der Debatte haben mehrere Redner diesen Punkt des Berichtes von Chruschtschew kritisiert und eine vollständige Auflösung der wirtschaftlichen Fachressorts verlangt. Merkwürdigerweise taten es Abgeordnete des Obersten Sowjets, die man als alte Parteigänger Chruschtschews zur Genüge kennt[12]). So kommt man unweigerlich auf den Gedanken, daß der Erste Parteisekretär, der sich einer anderen Entscheidung im Präsidium des Zentralkomitees der Partei nicht verschließen konnte, mit Hilfe der ihm ergebenen Funktionäre eine Art von Rebellion organisierte. Dieser Versuch ist jedoch gescheitert. Die Kommission, die zur Ausarbeitung des Gesetzes über die Wirtschaftsreform am

9. Mai gebildet wurde, stellte sich auf einen anderen Standpunkt und ließ ein Gesetz entstehen, das ein Werk von Kompromissen zwischen den auseinandergehenden Meinungen darstellt.

Auch das Gesetz über die Wirtschaftsreform enthält nur allgemeine Bestimmungen und präzisiert in keiner Weise die Befugnisse der Volkswirtschaftsräte und des Planungsamtes in seiner neuen Funktion[13]). Dieser Umstand läßt darauf schließen, daß die Ministerialbürokratie die von den Industriemanagern gern gesehene und vielleicht erwartete übergeordnete Stellung des Planungsamtes nicht ohne weiteres hinnehmen will. Das dürfte nicht zuletzt mit jenem Manöver zusammenhängen, das Chruschtschew unmittelbar vor der Tagung des Obersten Sowjets mit der Ernennung *Kusmins* zum neuen Leiter des Planungsamtes gelungen war. Die Berufung eines bisher kaum bekannten Mannes auf den Posten des Vorsitzenden des Planungsamtes und die gleichzeitig durchgesetzte Ernennung Kusmins zum Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten hat wahrscheinlich eine Widerstandsaktion seitens der Ministerialbürokratie hervorgerufen. Jedenfalls hat man in dem Gesetz vom 10. Mai über die Wirtschaftsreform bewußt die Zuständigkeit des Planungsamtes sehr ungenau definiert und ihm keine Möglichkeit gegeben, selbst Dekrete herauszugeben.

Man wird in der nächsten Zeit entweder neue Gesetze schaffen oder mit Hilfe von Dekreten die Befugnisse der Volkswirtschaftsräte und des Planungsamtes näher zu präzisieren versuchen, falls man nicht chaotische Zustände und neue Rivalitäten heraufbeschwören will.

Die ersten Tage der Bewegung von der Hauptstadt in die Industriezentren zeigen, daß die Bürokraten auch die gegenwärtige kritische Situation auszunutzen verstehen. Wie die Bienenschwärme ziehen die Beamten der aufgelösten Ministerien geschlossen in die Hauptsitze der neuen Volkswirtschaftsräte, um dort die Arbeit ohne Unterbrechung «wieder aufzunehmen» und damit die alte Bürokratie unter einem neuen Firmenschild wieder aufleben zu lassen[14]). Die von der Reform bedrohte Schicht der Bürokraten verstand es auch, die ursprünglich vorgesehene Zahl der Volkswirtschaftsräte, die mit 92 festgesetzt war, im Zuge der Verwirklichung der Reform auf 105 zu erhöhen.

Alexander Korab

---

[1]) Rede Chruschtschews auf der 7. Session des Obersten Sowjets «Iswestija»-Moskau, 8. 5. 1957. [2]) «Einige Probleme des Kapitalismus von heute» von W. Tscheprakow in der Monatszeitschrift «Kommunist», Moskau, Nr. 1/1956. Zahlreiche Artikel über den Volkskapitalismus in der sowjetrussischen Tagespresse, besonders seit Herbst 1956. [3]) Ein ausführlicher Bericht über die am 18. und 19. 4. 1957 in Moskau stattgefundene Diskussion wurde in der außenpolitischen Zeitschrift «Mjeschdunarodnaja Schisnj», Nr. 5/57 veröffentlicht. [4]) «Woprossy Ekonomiki», Moskau, Nr. 9/55, Nr. 8 u. 10/56. [5]) «Prawda» 25. 12. 56. [6]) «Planowoje Chosjajstwo», Moskau, Nr. 1/57. «Die Beschlüsse des Dezember-Plenums des ZK der KPdSU und die Aufgabe der Verbesserung der Planung in der Volkswirtschaft.» [7]) «Prawda» 16. 2. 57. [8]) «Prawda» 30. 3. 57. [9])«Prawda» 3. 5. 57. [10]) «Prawda» 5. 5. 57. [11]) «Prawda» 5. 5. 57. [12]) Die Reden der Abgeordneten des Obersten Sowjets F. Sasjadko, «Iswestija» 10. 5. 57, A. P. Kyrylenko, «Iswestija» 9. 5. 57. [13]) Text des Gesetzes in «Iswestija» 11. 5. 57. [14]) Z. B. Appell des Direktors der Hauptverwaltung des Bautrusts für Kohlenbergwerke, J. Tschuksjejew, in «Prawda» 14. 5. 57.

Bericht aus Ungarn

Stabilisierung und Normalisierung des Nach-Oktobers

Vergleicht man die Kopfstärke von Budapester Straßenpatrouillen der Miliz und «Karhatalom» (dem «Ordnungsdienst» zugeteilte Armeeoffiziere) im Januar und Juni 1957, so bestehen diese Sicherungsgruppen nicht mehr aus drei, vier und mehr Polizisten (meist gefolgt von einer sowjetischen Militärstreife), sondern haben sich inzwischen auf zwei MP-bewaffnete Patrouillengänger vermindert. Seit wenigen Wochen gehen sogar Parteiführer und Minister wieder «unters Volk», bei Betriebsbesichtigungen sogar bis zu den einzelnen Arbeitern. Die «klassenbewußte Urteilssprechung» der Rachejustiz gegen Freiheitskämpfer und kommunistische Abweichlinge läuft jetzt unbehindert auf vollen Touren. Bis auf Textilien, Schuhe, Zucker, einige Mehlprodukte ist die Versorgungslage der Bevölkerung erträglicher geworden. Mitte Mai meldete «Népszabadság» die Neugründung der ungarisch-sowjetischen Gesellschaft. Am 27. Mai erhielt die «zeitweilige Stationierung von Sowjettruppen in der Ungarischen Volksrepublik» durch die Unterzeichnung eines sowjetisch-ungarischen Abkommens einen formalen Rechtsstatus. Gegenüber dem «Westen» haben Diplomatie und Außenhandelsmonopole des Kádár-Regimes ihre Salonfähigkeit schon beinahe zurückgewonnen.

Sofern man diese Einzeltatsachen und Ergebnisse sowjet-diktatorialer Restauration in Ungarn als «Normalisierung» hinnehmen will, wird man erst recht den Budapester Behauptungen Glauben schenken, denen zufolge eine «Stabilisierung» der ungarischen KP-Clique eingetreten sei. Beruht doch die Vollzugsgewalt der nachoktoberlichen Marionetten ausschließlich auf den sowjetischen Besatzungstruppen.

«*Vielleicht sind wir eine Sowjetkolonie...*»

Es gibt kaum eine Zusage, ein Amnestieversprechen, eine feierliche Erklärung der Regierung Kádár, die innerhalb eines halben Jahres (seit der «Regierungsbildung» auf tschechoslowakischem Boden und in Szolnok), nicht gebrochen und verraten worden wäre. Die Brüskierung diplomatischer Vertretungen der Westmächte in Ungarn, belfernde Attacken und Beschuldigungen gegen das Nachbarland Österreich, die Wiedererrichtung eines undurchdringlichen «Eisernen Vorhangs», die «Politik der Stärke» gegenüber der eigenen Bevölkerung des ausgebluteten Landes — alle diese Momente beweisen für den Beobachter wohl kaum die Souveränität und Aktionsfähigkeit des Kádár-Regimes, sondern den harten Druck der sowjetischen Statthalter zur Behauptung ihres strategisch-politischen Faustpfandes.

Anfang Juni 1957 liegt uns z. B. eine sorgfältig dokumentierte Broschüre «Ungarns Freiheitskampf und seine Hintergründe (herausgegeben von der Schweizerhilfe für Ungarns Flüchtlinge, Luzern) vor, in der die schrittweise Knebelung und Entmachtung des Neunmillionenvolkes seit 1945 bis nach dem Ungarischen Oktober ausgezeichnet dargelegt wird. Anderseits zeigen aber gerade westliche Kommentare seit der Abwürgung des ungarischen Freiheitsaufstandes, daß die sowjetische Vernebelungstaktik z. T. ihren gewünschten Erfolg hatte.

Wer rief die Sowjettruppen ein zweitesmal gegen das eigene Volk zur «Hilfe»? Am 15. März 1957 erklärte der erste ZK-Sekretär, Staatsminister Gyorgy Marosán, in einer öffentlichen Budapester Rede: «Wenn ihr wissen wollt, wer die befreundeten Sowjettruppen zu Hilfe gerufen hat — ich bin es gewesen...!» Fast ebenso aufschlußreich äußerte sich Marosán am 19. Mai vor den Hüttenarbeitern in Ozd: «...Vielleicht sind wir eine Sowjetkolonie...» Er fügte hinzu: «Soll sich doch einer hierher auf die Tribüne stellen und sagen, mit welchen Rohstoffen die Werke in Ozd arbeiten... Die

Werke arbeiten mit sowjetischem Eisenerz, die Sowjetunion hat unserer Heimat in jeder Weise geholfen und hilft ihr auch heute...»

Kádár und die Konkursmasse der KP

Es wäre verfehlt, von «Machtgruppen» in den Budapester Partei- und Regierungsgebäuden zu sprechen. Denn so offenkundig ein Teil der Kádár-Satrapen des Terrors und Gemetzels müde ist, so wenig kommen derartige Neigungen für eine Lockerung der Daumenschrauben derzeit zum Tragen. Denn die «Linie» und Tatsachen schafft heute ausschließlich der Wille des Kreml-Kollektivs. Und seine Befehle werden bedingungslos ausgeführt.

Wer sind die Politruks des Kremls, die Parteiführung und Kabinett in Ungarn beaufsichtigen? Es steht nicht eindeutig fest, ob etwa nur der knapp 38jährige Marosán, ehemaliger Jungsozialist, der sich gern auf seine Kaltstellung während der Rakosi-Tyrannei beruft, diese Superkontrolle ausübt. Vielleicht spielen Vizepremier Apró oder auch Heeresminister Révész diese Verräterrolle im Verräterregime Kádár. Es ist ferner nicht ausgeschlossen, daß man eines Tages den Regierungschef János Kádár nicht mehr *den* «Judas» des ungarischen Freiheitskampfes nennen wird, sondern eher den «Prügelknaben» eines Terrorregiments, dessen Aushängeschild der getäuschte, zu schwache Kádár wurde.

Zurück in die sowjetkommunistische Gehschule

Die KPdSU-Führung verfügt in der ganzen Welt zweifellos über die umfassendste gegenrevolutionäre Praxis; sie wird gegenwärtig für Ungarn angewendet, indem der Kreml die Verschärfung des Druckes zur «Vernichtung der Gegenrevolution» befiehlt. Bis jetzt wird man wohl den Ostblockländern einräumen, daß sie aus Angst vor unübersehbaren Folgen in Ungarn eine Versorgungskatastrophe und die Zahlungsunfähigkeit der Außenhandelsmonopole gegenüber dem «Westen» verhütet haben. Außerdem gleicht Budapest als Stelldichein für ungezählte KP-Führer, Delegationen, Konferenzen und Beratungen einem «intersozialistischen» Taubenschlag.

Auch die herrschenden und davongekommenen Funktionäre Ungarns im Solde Moskaus wissen aber, daß die «sozialistischen Brudervölker» selbst Mangel leiden, daß die Soforthilfe nicht unbegrenzt sein kann und sich im kommenden Herbst die eigentlichen «Engpässe» bemerkbar machen werden.

Vorbildgetreu haben Budapests Satrapen seit Dezember 1956 eine neue KP, die «Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei» (USAP) aufgebaut. Es sollte keine «Massenpartei» voller «klassenfeindlicher Elemente» werden, wie sie mit über 850 000 Genossen bis zum Ungarischen Oktober bestand. Trotzdem zählt die USAP nach halbjähriger Kaderbildung über 300 000 Mitglieder. Die Industriearbeiter und Bauern bleiben dieser «Arbeiterpartei» fern. Manager, Verwaltungsbeamte, arbeitsscheue Elemente, die sich mit Hilfe des Mitgliedsbuches auf Kosten der «Werktätigen» ein bequemes Leben schaffen wollen, bilden den «Kern» der USAP — und Leute, die im Urteil des Nachoktober «Butter auf dem Kopf» haben.

Absichten und Aussichten des Sozialprogramms

Der wichtigste Faktor unter den kommunistischen Führungsgremien Ungarns ist seit der Niederwalzung der Revolution der «Ungarische Gewerkschaftsbund» (UGB). Seine Führung schloß im November 1956 voller Hast mit ehemaligen Sozialdemokraten einen Kompromiß und bot den Industriearbeitern eine ganze Reihe, für längere Dauer unhaltbare, sozialpolitische Zugeständnisse. Damit gelang der Gewerkschaftsführung eine erste Restauration ihres «Apparates» — vor der USAP und den Behörden. Auch

jetzt noch stützen sich USAP und Kádár-Regierung vorzugsweise auf den Gewerkschaftsbund.

Als unangenehme Begleiterscheinung ihrer notgeborenen Beschwichtigungsversuche klagen nun sämtliche ungarischen Politruks und Kommissare über einen grassierenden «opportunistischen Sozialdemokratismus» in den Reihen der KP-Funktionäre.

Das bisher bekannte sozialwirtschaftliche Aufbauprogramm dürfte auf jeden Fall neue Widerstände in der Arbeiter- und Bauernschaft auslösen, weil die Zurücknahme nachrevolutionärer Zugeständnisse unter den Arbeitern — der verschärfte Kollektivierungszwang unter den Bauern — böses Blut machen muß. Vor allem hat sich der Kreml die bisherige bedenkenlose und (im Auftrage Moskaus) größenwahnsinnige Luderwirtschaft der Staatsindustrien verbeten: Rentabilität und Produktionserhöhung sind die beherrschenden Direktiven für Partei, Regierung und Gewerkschaft. Wie weit bei der Rohstoffabhängigkeit, dem zusätzlichen Nachholbedarf und Kapitalmangel der Volkswirtschaft «die Erhöhung der Lebenshaltung der Werktätigen» berücksichtigt werden kann, läßt sich leicht vorstellen.

Ein neues Prämiensystem soll die übereilten Lohnerhöhungen des Jahresendes 1956 «ergänzen», d. h. ohne die geforderte Steigerung der Produktivität wird sich daraus eine Senkung der Reallöhne ergeben. Auch versprechen die KP-Funktionäre ein verstärktes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben. Freilich wurden, dessenungeachtet, die «Arbeiterräte» inzwischen größtenteils auf kaltem Wege liquidiert. Vor allem ist es die «Mitschuld» der Arbeiterräte im Oktober und der bedrohliche Generalstreik im November 1956, die den UGB zur Ausmerzung der «titoistischen» Einrichtung der Arbeiterräte veranlassen.

Aber — mit oder ohne sozialwirtschaftlichen Ein-, Drei- und Fünfjahrplan wird Ungarn als Trümmerfeld gegenrevolutionärer Barbarei auf längere Sicht Militärkolonie und belastendes Hilfsobjekt des Rubelblocks bleiben.

«Lasset alle Blumen blühen»

Der Ungarische Oktober löste auch in den Kirchenleitungen Ungarns einen Erdrutsch aus. Zwei Drittel der Bevölkerung, römisch-katholischen Bekenntnisses, verfemten in den kurzen Tagen der Freiheitshoffnung «Friedenspriester», die Reformierten Ungarns bestimmten in freien Wahlen eine neue Kirchenleitung, die Ungarisch-Lutherische Kirche berief den bereits im Juni 1956 rehabilitierten Bischof Lajos Ordáss und einige 1949 mitverurteilte Pastoren in führende Stellung.

Die Antwort des Kádár-Regimes auf diese innerkirchliche Selbstbestimmung blieb nicht aus. Insbesondere gegen den katholischen Primat und die Ungarisch-Reformierte Kirche wurde eine schlagartige Verfolgungs- und Verhaftungskampagne entfesselt. Da die neugewählte lutherische Kirchenleitung bereits in der Rákosi-Gerö-Ära rehabilitiert worden war, entging sie im allgemeinen diesen Sanktionen.

Es ist nun für die Zwangslage der Kremlbeauftragten in Budapest bezeichnend, daß sie in ihrer allseitig bedrohten «Igelstellung» seit dem Frühjahr 1957 einen Kompromiß mit den christlichen Bekenntnisgemeinschaften suchten. Die Kirchenleitungen selbst wurden gegen Zugeständnisse veranlaßt, sich aktiv in den «Friedenskampf» einzuschalten. Dafür distanzierte sich das Regime von den kollaborationistischen «Friedenskomitees» katholischer und evangelischer Geistlicher. Trotz diesem augenblicklich herrschenden «Burgfrieden» muß man die Lage der christlichen Kirchen und des mosaischen Bekenntnisses als bedroht bezeichnen.

Im übrigen weisen die kulturpolitischen Maßnahmen der Kremlstatthalter in Ungarn seit der Restauration u. a. diese «Erfolge» auf: Neuregelung des Hochschulstudiums unter Kürzung der staatlichen Stipendien, mehrere «Säuberungen» mit zahlreichen Studentenverhaftungen, das Verbot des Schriftstellerverbandes, «rückschaldeten» Schulreformen usw.

Gegenwärtig vermerkt man in Ungarn eine beachtliche Sympathiewelle für China, seine beibehaltenen Kultur- und Lebensformen, jenseits würdelosen Satellitentums. Unter den davongekommenen Intellektuellen hat z. B. der chinesische Spruch «Lasset alle Blumen blühen!» hohen Kurswert gewonnen. Die geistigen Arbeiter denken dabei auch an den «eigenen Weg» Ungarns auf politischer Ebene.

Hat die Revolution einen Sinn gehabt?

Der Ungarische Oktober verzeichnet statistisch folgende Bilanz: Sachschaden in Höhe von 3 Mrd. Forint, Verluste an Volkseinkommen 9 Mrd. Forint, annähernd 180 000 Flüchtlinge nach dem «Westen», Schätzungszahlen von über 40 000 in die UdSSR deportierten Männern und Jugendlichen, von über 8000 gefallenen und einem Mehrfachen verwundeter Freiheitskämpfer.

Der politische Rückschlag brachte mit der Kádár-Gruppe die Rückkehr vieler Rákosi-Anhänger; der «harte» Kurs des jüdischen Bankierssohnes Rákosi wandelte sich zum «härteren» einer Strafkolonie. Publizistisch-propagandistisch ist Ungarn der Paria unter den «sozialistischen» Ländern geworden.

Ist das alles?

Bezüglich Ungarns selbst muß hinzugefügt werden: Die neu errichtete sowjetische Militärkolonie in Ungarn hat sogar einer kommunistischen Diktatur auf lange Zeit die Grundlagen entzogen. Der zusammengeraffte KP-Apparat ist alles andere als eine schlagbereite «Waffe des Proletariats». Nach der Stimmung unter den Funktionären befragt, erwiderte im Mai 1957 ein Budapester Stadtrat: «Wir halten ‚berufswegen' wohl die ‚Linie', daheim aber äußern wir offen unseren Unmut. Ungarn wird niemals Rußland sein!» Aus diesem und vielen ähnlichen Erlebnissen läßt sich die Stimmung unter der stumm gewordenen, nichtprivilegierten Bevölkerung erraten. Jeder terroristische Druck verliert eines Tages seine Wirkung, jede Lockerung aber wird jene Kräfte im ungarischen Volk wecken, die sich im Oktober 1956 gegen die «gleichschaltende» Fremdherrschaft erhoben.

Trotz allen Lautkulissen der Agitprops ist die ungarische Volkserhebung für alle übrigen Satelliten zu einem Fanal geworden. Der Ungarische Oktober hat in den Volksdemokratien und unter den Völkern der UdSSR selbst einen Nationalkommunismus virulent werden lassen, dessen langsame, subkutane Entwicklung seine historische Tragweite nicht beeinträchtigen wird. Tschou En-lais «Feuerlöschaktion» zu Jahresbeginn hat bei den versklavten Völkern Ostmitteleuropas die Hoffnung bestärkt, daß eine eigenständigere staatspolitische Entwicklung künftig möglich sein wird. Der Ostblock wechselt aus dem starren Zentralismus in das Zeitalter des Mezzo-Zentralismus hinüber. Die Scheinzugeständnisse der KP-Regimes seit dem Ungarischen und Polnischen Oktober können eines Tages unerwartet echte, föderalistische Resultate einer Verselbständigung gegenüber der Moskauer Zentrale ergeben.

Die Sensationsberichterstattung westlicher Boulevardblätter hat nach wenigen Wochen der Ernüchterung und Scham über die Reaktion der freien Demokratien den Lazarus der europäischen Völkerwelt zu einem zweitrangigen Objekt der «Information» werden lassen. Aber weder das Versagen westlicher Regierungen und des UNO-Forums, noch der Faktor Zeit löschen aus unserem Gedächtnis die Erfahrung, daß die Freiheit gegenüber dem sowjetkommunistischen Imperialismus ernsthaft zu wahren ist und der proklamierte «friedliche Übergang zum Sozialismus» mit dem Ungarischen Oktober als heimtückisches Täuschungsmanöver bloßgestellt wurde. Die Nachwehen der ungarischen Revolution zeigen, daß innerhalb der Sowjetdiktatur die Eigenentwicklung lebendiger Kräfte — unabhängig von jedem westlichen Beitrag — eine stille, nicht greifbare Bewegung ausgelöst hat, deren Endziel nicht die Zwangsjacke des «proletarischen Internationalismus» moskowitischen Zuschnittes sein wird, sondern der Aufbruch geknebelter Nationen zur politischen und sozialen Freiheit.